

## In der Senatssitzung am 24. Januar 2023 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

16.01.2023

L 7

### Vorlage für die Sitzung des Senats am 24.01.2023

„Steuergeldverschwendung durch Personalunterbesetzungen in der Zentralen Aufnahmestelle des Landes Bremen (ZAST) und im Migrationsamt“  
(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

#### A. Problem

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Welche zusätzlichen Kosten sind dem Land Bremen seit Sommer 2021 entstanden, weil bei steigenden Bedarfen notwendige Personalaufstockungen in ZAST und Migrationsamt unterblieben?
2. Warum wurden durch zu langes Zögern im Sozial- und Innenressort Bearbeitungszeiten nicht reduziert?
3. Wer trägt die Verantwortung für diese Vorgänge und Fehlentscheidungen in diesem Bereich?“

#### B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

##### Die Fragen 1-3 werden gemeinsam beantwortet:

Der Senat teilt nicht die Auffassung, dass notwendige Personalanpassungen unterblieben sein sollen. Der Senat hat – im Gegenteil – sehr schnell mit personellen Maßnahmen auf den sprunghaften Anstieg von Asyl- und Duldungssuchenden reagiert. Zunächst wurden interne Lösungen gefunden, wie zum Beispiel die Weiterbeschäftigung von Personen im rentenfähigen Alter. In einem zweiten Schritt wurden Zeitarbeitskräfte beschäftigt. Um die in sehr kurzer Zeit angestiegene Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine angemessen und zeitnah aufnehmen zu können, wurde ein zusätzlicher Standort zur Registrierung in der Flughafenallee eingerichtet. Er war besetzt mit Mitarbeitenden der ZAST und des Migrationsamts sowie mit Mitarbeitenden des Deutschen Roten Kreuzes. Zusätzlich sind Mitarbeitende der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport an den Wochenenden unterstützend eingesprungen. Mit diesen Maßnahmen konnten die räumlichen und insbesondere die technischen Kapazitäten, die stets auch begrenzt waren, bestmöglich ausgeschöpft werden. Da sich nun seit einiger Zeit abzeichnet, dass die Zugangszahlen nicht nur vorübergehend angestiegen sind, sondern auf einem hohen Niveau verbleiben werden, hat der Senat die grundlegende personelle Verstärkung der ZAST und des Migrationsamts beschlossen.

Der Erfolg der bisherigen Maßnahmen spiegelt sich unter anderem in einem Schreiben des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat vom 24. November 2022. Danach lag das Bundesland Bremen bei der vollständigen Registrierung der Geflüchteten aus der Ukraine im Ländervergleich mit 93,66 Prozent auf Platz zwei unter den Ländern.

**C. Alternativen**

Werden nicht empfohlen.

**D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung**

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen durch die Beantwortung dieser Anfrage. Genderbezogene Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen nicht vor.

**E. Beteiligung / Abstimmung**

Der Antwortentwurf ist mit dem Senator für Inneres abgestimmt.

**F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

**G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport vom 16.01.2023 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.